

Handeln für den Wandel? Beruhigungsnarrative gegen die Zeitenwende

INGOLFUR BLÜHDORN



Angesichts der sich rasant entfaltenden Klimakrise, der Ernährungs- und Energiekrise in Folge des Krieges in der Ukraine oder der dramatischen Abhängigkeit westlicher Demokratien von autoritären Regimen – als Rohstoff- und Energielieferanten, Konsumgüterproduzenten, Absatzmärkte und als Mülldeponien – hören wir wieder verstärkt Appelle und Bekenntnisse zum unverzüglichen Handeln für den Wandel zur Nachhaltigkeit. Tatsächlich begleiten uns solche Aufrufe allerdings seit mindestens fünfzig Jahren.

Bereits Mitte der 1970er Jahre schrieb Erhard Eppler über eine «Energiekrise», «Rohstoffkrise» und «Nahrungsmittelkrise», die er als eine «historische Zäsur» bezeichnete, «deren Tragweite uns erst langsam bewusst wird» (1975, S. 1). «Die Menschheit ist auf Grenzen gestoßen», schrieb er damals, «von denen sie zumindest in den zwei Jahrhunderten zuvor nichts wusste oder wissen wollte» (ebd., S. 11). Mit diesen Beobachtungen war Eppler damals weder der Erste noch der Einzige. Ebenso wie die breiten zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die sich damals formierten, war er zutiefst überzeugt von der «Machbarkeit des Notwendigen». Heute klingt das ganz ähnlich, doch korreliert die Konjunktur der Handlungsaufforderungen heute wohl eher mit der faktischen Transformationsunfähigkeit spätmoderner Gesellschaften, ihrer politischen Unwilligkeit, Lähmung und Überforderung. Die Aufrufe und Bekenntnisse zum Handeln haben heute etwas Kompensatorisches, etwas Therapeutisches.

Die Handlungsrhetorik verdrängt das unbestimmte Gefühl, ja das zunehmend sichere Bewusstsein, dass etwas Schreckliches bevorsteht – Ukraine, Russland, China, Taiwan, Mali, Inflation, Aufrüstung, Gletscherschmelze,



Dürre, Migration, Rechtspopulismus –, das wir offenbar nur erwarten, aber kaum abwenden können. Da erzeugt Handeln Optimismus, das Gefühl etwas zu tun, etwas voran zu bringen. Es vermittelt auch das Gefühl, bestimmte Sicherheiten und Gewissheiten zu haben; denn andernfalls wäre Handeln ja gar nicht möglich und sinnvoll. Tatsächlich tun die Appelle und Bekenntnisse zum Handeln so, als wüssten wir, was das überhaupt ist, die *nachhaltige Gesellschaft*, als hätten wir einen klaren Plan und als bestünde jenseits des abstrakten Bekenntnisses zu diesem Ziel tatsächlich ein gesellschaftlicher Wille oder auch die gesellschaftliche Fähigkeit, diese Vision in der politischen Praxis umzusetzen. Darüber hinaus implizieren die Handlungsappelle, dass es *noch nicht zu spät* sei. Tatsächlich geht die Versicherung, dass dies so sei, stets mit diesen Aufrufen einher; und auch sie ist in Zeiten umfassender Unsicherheit wohltuend und beruhigend. Doch dem steht spätestens seit der Pandemie, und mehr noch im Zeichen des Krieges in der Ukraine, eine andere Realität gegenüber: Nie war so evident, dass der politische Wille und die politische Fähigkeit zur Transformation fast vollständig fehlen; und in vielerlei Hinsicht ist es tatsächlich auch längst zu spät. In der *Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit* (Blühdorn 2020a) ist von der *Machbarkeit des Notwendigen* wenig geblieben.

Nie war so evident, dass der politische Wille und die politische Fähigkeit zur Transformation fast vollständig fehlen.

Die stille Gegenseite der Handlungsappelle ist nicht weniger wichtig: Implizit ist bei der Forderung, jetzt schnell und entschieden zu handeln, immer auch mitgesagt, was jetzt nicht mehr gefragt sei: erstens *reden, debattieren, verhandeln*, und zweitens weiteres *Denken, Reflektieren, Analysieren*. Die Handlungsappelle kritisieren und blockieren indirekt beides – und haben damit, gegen die Intuition, eine stabilisierende Wirkung. Wir haben genug geredet, heißt es. Reden bringt uns nicht voran. Doch Reden, Debattieren und Verhandeln sind unverzichtbar. Denn ökologische Fragen sind letztlich immer soziale Fragen. Dass ökologische Imperative, *das Notwendige*, sich direkt aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen ableiten ließen, bezeichnete Ulrich Beck schon in den 1980er Jahren als «das naturalistische Missverständnis der Ökologiebewegung» (Beck 1988, S. 62 ff.). Der normative Bezugspunkt solcher Imperative sind vielmehr immer gesellschaftliche Werte, Interessen und Grenzen der Akzeptabilität. Entsprechend muss *das Notwendige* immer politisch ausgehandelt werden. Dieser Prozess ist aber ernüchternd, denn er macht schnell offenbar, dass die Werte und Interessen, die dabei von den jeweiligen Akteuren zugrunde gelegt werden, oft weit auseinander liegen, untereinander unvereinbar sind – und vom Nachhaltigen meist weit entfernt sind. Je mehr das der Fall ist, desto



ernüchternder ist die Erfahrung und desto attraktiver erscheinen die Absage ans weitere Reden und die Flucht in den Handlungsappell.

Beim Nachdenken und der sozialwissenschaftlichen Reflexion über die Rahmenbedingungen und Blockaden umweltpolitischen Handelns ist das nicht anders. Unter den Gegebenheiten spätmoderner Gesellschaften sind Nachdenken und Reflexion geradezu schmerzhaft, denn sie nähren einen Verdacht, der alltagspraktisch zwar längst handlungsbestimmend und zum Mainstream geworden ist, der im politischen Diskurs aber weiterhin traumatisch ist: Alltagspraktisch haben wir uns längst daran gewöhnt, uns leiten zu lassen von dem Gedanken, dass man durch individuelles Handeln und im privaten Bereich nachhaltigkeitspolitisch nur sehr wenig verändern könne, dass man in strukturelle Notwendigkeiten eingebunden sei, und dass es kaum zumutbar sei, dass man sich *den Spaß am Leben verderben* lasse, denn man habe schließlich nur dieses eine. Entsprechend gilt es, dem Denken und der Reflexion nach Möglichkeit auszuweichen. Angestrengte Ablenkung, Zerstreuung und Betäubung – etwa durch Abtauchen in die Welten der sozialen Medien, der Computerspiele, des Online-Shoppings, der Streaming-Serien oder geschlossener Echokammern – sind ein Kennzeichen spätmoderner Gesellschaften. Aber auf der Ebene des politischen Diskurses wäre die Aufgabe des Anspruchs auf Gestaltbarkeit, Mündigkeit, Steuerungsfähigkeit und all dessen, was man aus Eppers *historischer Zäsur* und später aus der Diagnose der *Risikogesellschaft* (Beck 1986) gelernt haben wollte, weiterhin völlig inakzeptabel, ein Offenbarungseid, eine politische Bankrotterklärung, und gerade für die Generation,

Beispiele wie der Biosprit oder die E-Mobilität illustrieren, wie das Bedürfnis, schnell zu handeln, oft zu Innovationen führt, die bestehende Probleme nicht lösen, sondern mitunter sogar verschärfen und zusätzliche schaffen.

deren politische Sozialisierung in den 1970ern liegt, ein Trauma. Als probater Ausweg bietet sich auch hier die Flucht in den Handlungsappell.

Doch abgesehen davon, dass Handeln *per se* einen gewissen Optimismus erzeugt und unsere persönliche Befindlichkeit verbessern kann, wird es umwelt-, klima- und nachhaltigkeits-

politisch nur in dem Maße sinnvoll und zielführend sein, wie es auf einem gründlichen Verständnis des gesellschaftlichen Kontextes beruht, in den es eingebettet ist. Wo dieses Verständnis fehlt – sei es aus Versehen oder aus Angst vor Ernüchterung – wird Handeln hingegen schnell zur bloßen Beschäftigungstherapie, oder eben zum Stabilisator der Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit, die es angeblich transformieren soll. Beispiele wie der Biosprit, die E-Mobilität oder auch das *stakeholder governance* (Blühdorn & Deflorian 2019) illustrieren, wie das Bedürfnis, schnell zu handeln, oft zu Innovationen führt, die



bestehende Probleme nicht lösen, sondern mitunter sogar verschärfen und zusätzliche schaffen. Ebenso wie das unbedingte Dringen auf sofort praktikable Lösungsangebote ist das Insistieren auf schnelles Handeln daher zweischneidig. Was es ablösen und verdrängen soll, Reden und Nachdenken, bleibt hingegen unverzichtbar. Auch in diesem verschriftlichten Vortragstext ist der Rahmen für Reflexion eng abgesteckt, aber drei Punkte, die bereits angerissen wurden, sollen noch ein wenig vertieft werden: der Offenbarungseid, die ewig neuen Hoffnungserzählungen und die tatsächliche Transformationsblockade.

Offenbarungseid

Über ein halbes Jahrhundert nach dem Anfang der neuen Umweltbewegung müssen wir bei einer sich gleichzeitig stetig verschärfenden Krisenkonstellation statt einer erfolgreichen sozial-ökologischen Transformation das umfassende Scheitern des ökologisch-emanzipatorischen Projekts feststellen. Sechzig Jahre nach Rachel Carsons Buch *Der stumme Frühling* (Carson 1962), das man als die Urzelle der modernen Umweltbewegung bezeichnen könnte; fünfzig Jahre nach dem UN-Umweltgipfel in Stockholm (1972); ebenfalls fünfzig Jahre nach den *Grenzen des Wachstums* des Club of Rome (Meadows 1972/3) und dem *Blueprint for Survival* (Goldsmith 1972), der sich in entscheidenden Passagen liest, als sei er gerade jüngst veröffentlicht worden; dreißig Jahre nach dem Erdgipfel in Rio (1992), der die Begriffe *Nachhaltigkeit* und *Nachhaltige Entwicklung* hegemonial machte (Blühdorn 2022a), und sechs Jahre, nachdem die Vereinten Nationen ihre aktualisierten *Sustainable Development Goals* veröffentlichten (UN 2015), die offiziell bis 2030 erreicht werden sollten, konstatierte der Uno Generalsekretär Antonio Guterres im Herbst 2021:

«Wir stehen am Rande eines Abgrunds – und bewegen uns in die falsche Richtung.

Unsere Welt war noch nie so bedroht wie heute.

Oder mehr gespalten.

Wir stehen vor der größten Kaskade von Krisen, die wir je erlebt haben. [...]

Eine Welle von Misstrauen und Fehlinformationen polarisiert die Menschen und lähmt die Gesellschaften.

Die Menschenrechte stehen unter Beschuss.

Die Wissenschaft steht unter Beschuss. [...]

Es fehlt an Solidarität – gerade dann, wenn wir sie am meisten brauchen.» (Guterres 2021.)



Das ist die Bilanz eines fundamentalen Scheiterns. Dieser Abgrund, von dem nicht nur Guterres spricht, ist ein doppelter: Vor unseren Augen vollzieht sich nicht nur der Zusammenbruch bio-physischer Systeme und damit auch ge-

Ganz abgesehen von dem Zusammenbruch der biophysischen Systeme, ist genau das der Abgrund, an dem spätmoderne Gesellschaften heute stehen: Ihre etablierten umweltpolitischen Glaubenssätze zerfallen vor ihren Augen, und sie haben keinen brauchbaren Ersatz.

ellschaftlicher Ordnungen, die auf sie aufgebaut sind, sondern auch das totale Scheitern, der Zusammenbruch der Erzählungen und Strategien, mit denen die wohlhabenden Gesellschaften des Globalen Nordens sich über Jahrzehnte davon überzeugt haben, dass sie das Problem erkannt und die Lage im Griff haben, dass sie die richtigen Instrumente haben und sich bereits auf dem richtigen Weg befinden, den sie jetzt

nur noch entschiedener als bisher weiter voran gehen müssten. Das waren die Erzählungen der ökologischen Modernisierung, der *zivilgesellschaftlichen Selbstregierung*, der *experimentellen Politik*, der *technologischen Innovationen*, der *marktwirtschaftlichen Anreize*, der *Demokratisierung der Demokratie* oder der *transformativen Nachhaltigkeitsforschung*. Diese Erzählungen und Strategien waren beliebt bei Forschungsgeldgebern, Regierungen, der Wirtschaft und vielen Bürgern, aber die eigentlichen Probleme haben sie meist verschoben – in andere Länder, auf zukünftige Generationen, auf die Natur. Rückblickend entpuppen sie sich immer deutlicher als Wunschträume, als Beruhigungsnarrative, als Ablenkungsmanöver, die stets bereitwillig auf- und angenommen wurden, weil sie die Möglichkeit versprachen, die bestehende gesellschaftliche Ordnung, also den Konsumkapitalismus, die liberale Demokratie, die internationalisierte, offene Gesellschaft, strukturell unverändert fortzuschreiben.

Ganz abgesehen von dem Zusammenbruch der biophysischen Systeme, ist genau das der Abgrund, an dem spätmoderne Gesellschaften heute stehen: Ihre etablierten umweltpolitischen Glaubenssätze zerfallen vor ihren Augen, und sie haben keinen brauchbaren Ersatz. Zweifellos, Handeln ist dringender denn je. Es ist aber an der Zeit anzuerkennen, dass das bisherige Handeln, und insbesondere das schnelle Krisen- und Notstandshandeln, die strukturellen Ursachen der Nicht-Nachhaltigkeit immer unberührt gelassen hat und so ein wesentlicher Grund dafür ist, dass wir heute *am Abgrund* stehen und uns weiterhin, wie Guterres sagt, *in die falsche Richtung* bewegen. Und als Guterres von der *größten Kaskade von Krisen* sprach, die wir je erlebt hätten, da wusste er noch gar nichts von den internationalen Krisen und globalen Notständen, die sich an die COVID-19 Pandemie unmittelbar anschließen würden: Der Krieg in der Ukraine, die Energie- und Ernährungskrise, die er nach sich zieht, oder



die Inflation, die ihre Ursache nicht zuletzt in dem Versuch hat, die mit der Finanzkrise von 2008/9 ins Taumeln geratene Ordnung des Marktliberalismus mit Hilfe der langjährigen Niedrigzins- und Geldvermehrungspolitik der EZB noch einmal zu stabilisieren.

Hoffungszyklen

Dabei hatte gerade die Banken- und Finanzkrise international eine große Welle zivilgesellschaftlicher Transformationsbewegungen in Gang gesetzt, die sich entfaltete, während gleichzeitig das seit den späten 1980er Jahren aufgeblühte Vertrauen in die Nachhaltigkeitspolitik der Vereinten Nationen und ihrer Institutionen – und damit auch das Vertrauen in die Leitbegriffe der *Nachhaltigkeit* und der *nachhaltigen Entwicklung* – zunehmend zerfiel (Blühdorn 2022a). Viele BeobachterInnen glaubten und hofften damals, nach dem Crash des Neoliberalismus *werde nun endlich alles anders* (Klein 2015) und die Zeit für eine große sozial-ökologische Transformation sei endlich gekommen. Kurz vorher hatte der Weltklimarat 2007 in seinem 4. Sachstandsbericht dargelegt, dass die Klima- und Nachhaltigkeitskrise sofortige und einschneidende Gegenmaßnahmen zwingend notwendig machen, wenn verheerende Katastrophen vermieden werden sollen. Erdsystemwissenschaftler aktualisierten mit dem Konzept der *planetaren Grenzen* (z.B. Rockström 2009) ältere Debatten um die Grenzen des Wachstums und gaben neuen Postwachstums- und Degrowth-Bewegungen erheblichen Auftrieb. Doch deren Hoffnungen erfüllten sich nicht. Stattdessen wurden die Banken, das Finanzsystem und die Wachstumswirtschaft gerettet, mit der ausdrücklichen Ansage des damaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi: *Koste es was es wolle!*

2007 hatte der Weltklimarat dargelegt, dass die Klima- und Nachhaltigkeitskrise sofortige und einschneidende Gegenmaßnahmen zwingend notwendig machen, wenn verheerende Katastrophen vermieden werden sollen.

Aber die Mobilisierungswelle hielt an, getragen vom Entsetzen über diese Rettung des sozial und ökologisch gleichermaßen verheerenden Marktliberalismus, über das Elend der Flüchtlings- und Migrationskrise ab 2015 und über die Konjunktur des Rechtspopulismus im Gefolge der Flüchtlingskrise und der Wahl von Donald Trump im Herbst 2016. Mit der *Fridays for Future* Bewegung erreichte dieser Mobilisierungszyklus im Herbst 2019 seinen Höhepunkt. Und zum Jahreswechsel 2019/20 schien es eigentlich kaum vorstellbar, dass die sozial-ökologische Transformation nun nicht tatsächlich ernsthaft in Angriff



genommen werden würde. Aber kurze Zeit später wurde die Welt von der COVID-Krise überrollt, und das Klima- und Nachhaltigkeitsthema trat wieder deutlich in den Hintergrund.

Auch die Pandemie erschien vielen aber wieder als ein möglicher Katalysator für eine sozial-ökologische Transformation (Volkmer und Werner 2020). Wieder war die Bereitschaft, sich auf beruhigende Hoffnungserzählungen ein-

Doch sehr schnell wurde die *Rückkehr zur Normalität* zum bestimmenden Prinzip der Pandemiepolitik, so als sei die Lage zuvor nicht ihrerseits bereits zutiefst problematisch gewesen.

zulassen, stärker als der Bereitschaft zu nüchterner Analyse. Viel war da die Rede vom *Systemrelevanten* im Gegensatz zum Profitmaximierenden und vom *eigentlich Wichtigen* und *verschütteten Werten*, an die man sich im Zeichen der Pandemie wieder erinnere. Außerdem erwies sich

die Politik plötzlich wieder in einem Maße als handlungsfähig, das man ihr nach Jahrzehnten des Marktliberalismus gar nicht mehr zugetraut hatte. Doch sehr schnell wurde die *Rückkehr zur Normalität* zum bestimmenden Prinzip der Pandemiepolitik, so als sei die Lage zuvor nicht ihrerseits bereits zutiefst problematisch gewesen. Milliardenbeträge wurden bzw. werden investiert. Wie schon nach der Finanzkrise war wieder die Rede von einem New Deal, aber im Kern ging es bei den gigantischen Investitionsprogrammen nationaler Regierungen und der EU erneut darum, die ökonomische und gesellschaftliche Ordnung zu stabilisieren, die eigentlich schon längst als nicht-nachhaltig und nicht haltbar erkannt worden war.

Allerdings wurde die Pandemie tatsächlich zum Treiber einer großen gesellschaftlichen Transformation; jedoch nicht der erhofften sozial-ökologischen, sondern einer Transformation des politischen Klimas und der politischen Debatte, die nun wesentlich rauer, konfrontativer, polarisierter – und transformationsskeptischer – wurden. Die sogenannten Freiheitsproteste der Corona-Leugner, Maßnahmengegner und Querdenker boten einen Vorgeschmack der gesellschaftlichen Widerstände, die ein ernsthafter Nachhaltigkeitswandel unvermeidlich provozieren würde. Mit der Pandemie wurde deutlich absehbar: Eine sozial-ökologische Transformation, die unvermeidlich sehr viel einschneidendere und zeitlich auch nicht mehr begrenzte Beschränkungen durchsetzen müsste, würde wohl noch viel heftigere Widerstände und gesellschaftliche Verwerfungen provozieren. Einerseits verdeutlichte die Pandemie – gerade mit Themen wie Mobilität, Lieferketten, Impfstoffungerechtigkeit – noch einmal die Nicht-Nachhaltigkeit und Unhaltbarkeit der bestehenden sozio-ökonomischen Ordnung. Gleichzeitig war sie aber gewissermaßen ein Himmelsgeschenk für diese Ordnung. Denn sie legitimierte und erzwang erneut gigantische In-



vestitionen in die Stabilisierung dieses Systems, zu dem Zeitpunkt, als es so ausgesehen hatte, als könnte die Klimabewegung tatsächlich eine strukturelle Transformation in Gang bringen. Und längst bevor die Pandemie auch nur halbwegs unter Kontrolle gebracht werden konnte, folgten weitere Krisen: im Sommer 2021 zunächst die Flutkatastrophe im Ahrtal und ein gutes halbes Jahr später der Krieg in der Ukraine, der die Vorzeichen für das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation noch radikaler veränderte, als die Pandemie das bereits getan hatte.

Auch der Krieg in der Ukraine war zunächst freilich wieder mit gewissen Hoffnungen verbunden, dass er eine sozial-ökologische Transformation voranbringen könnte. Tatsächlich machte er die nun als *Friedensenergien* apostrophierten Erneuerbaren zum Zentralthema und entfachte bei deren Ausbau eine erhebliche Dynamik. Gleichzeitig wird aber im Zeichen des Ukrainekrieges noch mehr als bei der Pandemie deutlich, wie vehement spätmoderne Gesellschaften sich gegen eine echte Transformation zur Nachhaltigkeit stemmen, und mit welcher Entschiedenheit sie stattdessen vor allem *unseren Wohlstand*, *unsere Freiheit* und *unseren Lebensstil* verteidigen – also die etablierte Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit. Schon bei der Bundestagswahl 2021 war die Sicherung des erreichten Wohlstands der große Konsens aller Parteien gewesen – einschließlich der Grünen. Doch seit den Covid- und kriegsbedingten Teuerungen des Folgejahrs zeigt sich noch einmal klarer, wie sehr die Geschichten von sozial-ökologisch *ehrlichen Preisen*, von den BürgerInnen, die durchaus bereit wären, solche Preise auch zu bezahlen, oder von der Lenkungswirkung von CO₂-Bepreisung und anderen Ökosteuern aktivistische Wunschträume und wenig belastbare Bekenntnisse sind. Denn tatsächlich verlangen die BürgerInnen und praktisch alle gesellschaftlichen Akteure vor allem, dass die Politik mit entsprechenden Hilfs- und Entlastungsmaßnahmen den Status Quo absichert und drohende Teuerungen abfedert.

Aus Angst vor Bürgerprotesten, die sich nun gegen Kostensteigerungen richten und von rechtspopulistischen Parteien leicht instrumentalisiert werden können, beschränkt sich die Politik, wie schon bei der Pandemie, im Wesentlichen darauf, Hilfszahlungen und Stützungsmaßnahmen zu beschließen. Eine Korrektur der etablierten *imperialen Wirtschafts- und Lebensweise* (Brand und Wissen 2017) oder der etablierten Konsum- und Selbstverwirklichungsmuster *auf Kosten anderer* (Lessenich 2016) steht hingegen nicht zur Diskussion. Verheißungsvoll verkünden einige

Gleichzeitig wird aber im Zeichen des Ukrainekrieges noch mehr als bei der Pandemie deutlich, wie vehement spätmoderne Gesellschaften sich gegen eine echte Transformation zur Nachhaltigkeit stemmen.



Politiker, die fetten Jahre seien vorüber, und es werde uns allen nun weniger gut gehen, aber sozial und ökologisch korrektive Maßnahmen stehen in der Politik nicht zur Debatte. Steuererhöhungen für Besserverdienende und soziale Umverteilung zur Verminderung von sozialer Ungleichheit werden ebenso strikt abgelehnt wie eine Umorientierung der deutschen Exportwirtschaft.

Steuererhöhungen für Besserverdienende und soziale Umverteilung zur Verminderung von sozialer Ungleichheit werden ebenso strikt abgelehnt wie eine Umorientierung der deutschen Exportwirtschaft.

Während für die von demokratischer Legitimation abhängige Politik (Hauskost 2020) nicht einmal ein Tempolimit auf Autobahnen durchsetzbar erscheint, werden durch Fracking produziertes Flüssiggas, die von der EU nun für nachhaltig erklärte Atomkraft, Ölimporte aus menschenrechtsverachtenden Autokratien und die Renaissance der Kohle zur vermeintlichen Lösung für das Problem

der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas. Schwer vorstellbar, dass all dies nur kurzfristige Maßnahmen der Überbrückung sein sollen. Weder innenpolitisch noch aus der Perspektive der internationalen Politik besteht Grund zu der Annahme, dass die Klimaziele, die Sustainable Development Goals und die Agenda einer sozial-ökologischen Transformation nach der aktuellen Krise wieder aufgenommen und dann konsequent umgesetzt werden. Vielmehr erhärtet sich der Verdacht, dass das öko-emanzipatorische Projekt der demokratisch organisierten Weltgesellschaft, die innerhalb planetarischer ökologischer Grenzen ein gutes Leben für Alle organisiert, sich endgültig überlebt haben könnte.

Transformationsblockade

Insgeheim hatte die Umweltbewegung immer auf die große, aber nicht endgültige Katastrophe gehofft. Sie hat immer an die mobilisierende Wirkung, die *erzwungene Aufklärung* und das *kosmopolitische Moment* (Beck 2007, S. 94 ff.) geglaubt – eine Rettungslogik, die die Risikogesellschaft aus sich selbst heraus produzieren würde. Auch diese Hoffnung scheint sich aber zu zerschlagen. Tatsächlich kreiseln spätmoderne Gesellschaften längst in einem Strudel immer schneller aufeinander folgender Krisen und Notstände, in dem sie kaum mehr die Zeit, die Orientierung und die Steuerungsfähigkeit haben, über den Moment hinaus und für die Zukunft zu planen. Stattdessen sind sie stark gegenwartsfixiert immer vor allem damit beschäftigt, die unmittelbaren Folgen der jeweils aktuellen Krisen – Banken, Finanzen, Migration, Rechtspopulisten, Wetterextreme, Inflation, Energiepreise, militärische Konflikte – wenigstens



halbwegs im Griff zu behalten. Drohende Neben- und Wechselwirkungen können sie dabei, selbst wenn sie relativ klar absehbar sind, kaum in Betracht ziehen. Und sie müssen immer gründlicher abwägen, ob es sich wirklich lohnt, die verfügbaren Mittel für langfristige Projekte der sozial-ökologischen Transformation zu investieren oder für die kurzfristige Bekämpfung der jeweils akuten Katastrophenfolgen. Längerfristige Projekte werden gerade in der Demokratie politisch immer schwerer durchsetzbar, denn angesichts aktueller Krisen sind demokratische Mehrheiten für größere Transformationsprojekte nicht leicht zu mobilisieren und noch schwerer zu stabilisieren. Kurzfristige Wahlstrategien stehen im Zweifelsfalle im Vordergrund.

In diesem Notstandsstrudel wird eine sozial-ökologische Transformation, die ein gutes Leben für alle sichert, auch dadurch blockiert, dass eine solche Transformation unvermeidlich eine massive Verminderung des Konsums, eine Beschränkung der Ansprüche und Erwartungen in praktisch allen Lebensbereichen erfordern würde. Gerade im Zuge des Neoliberalismus haben sich aber – und keineswegs nur bei einer relativ kleinen Oberschicht – Verständnisse von Freiheit und Selbstverwirklichung verbreitet und verfestigt, die jede politische Regulierung – und vor allem Beschränkung – als inakzeptable Einmischung in die Sphäre des Privaten betrachten (Lepenies 2022). Es ist auch deswegen so schwer, aus diesem Notstandsstrudel heraus zu schwimmen, weil nach Jahrzehnten des Marktliberalismus auch in den wohlhabendsten Gesellschaften in Europa die sozialen Ungleichheiten so groß sind, dass eine Nachhaltigkeitswende vermittels *ehrlicher Preise*, also über die Internalisierung bisher externalisierter sozialer und ökologischer Kosten, für wesentliche Teile der Gesellschaft schlicht nicht mehr bezahlbar wäre und unmittelbar einen sozialen Abstieg und soziale Exklusion bedeuten würde. Die Gelbwesten sind zum Symbol dieser Ängste geworden, aber die Bereitschaft für Maßnahmen des solidarischen Ausgleichs ist, wie gesagt, gering.

Es haben sich Verständnisse von Freiheit und Selbstverwirklichung verfestigt, die jede politische Regulierung – und vor allem Beschränkung – als inakzeptable Einmischung in die Sphäre des Privaten betrachten

Schließlich besteht in modernen Gesellschaften auch ein strukturelles Missverhältnis zwischen der Idee einer sozial-ökologischen Transformation und den Möglichkeiten ihrer praktischen Umsetzung. Denn Forderungen nach einer mehr oder weniger umfassenden Transformation werden aus der Perspektive von BürgerInnen und deren Erfahrung der Verletzung von Gleichheits-, Gerechtigkeits-, Gesundheits-, Natürlichkeits- oder Selbstbestimmungsnormen formuliert. Bearbeitet werden gesellschaftliche Probleme und Herausforderun-



gen aber primär auf der Ebene der verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssysteme – Recht, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien etc. –, die jeweils ihrer eigenen Logik unterliegen, aus der sie nicht ausbrechen können, und die darüber hinaus auch nicht synchronisiert sind. Die Politik soll diese Koordination leisten. Die Politik aber bleibt ihrerseits befangen in der ihr eigenen Logik des kurzfristigen Machtgewinns bzw. -erhalts.

Und so zeigen die Pandemie und mehr noch die Inflations- und Energiekrise seit dem Krieg in der Ukraine sehr deutlich, in welchem Maße moderne Ge-

Doch von der Dringlichkeit und Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation auf die Möglichkeit und Fähigkeit zu einer solchen Transformation zu schließen, ist verfehlt.

sellschaften mit der Bewältigung ihrer Krisen strukturell überfordert sind. Sie kreiseln in ihrem Notstandsstrudel und es ist zunehmend illusorisch zu meinen, man könne zunächst auf Pump in die Restabilisierung investieren und derweil die Klima- und Transformationsziele zurückstellen, um aus der Krise herauszu-

wachsen und die Transformation dann gestärkt und mit umso größerer Entschiedenheit voranzubringen. Genau das ist aber das Rezept, das in jeder Krise wieder neu aktiviert wird. Schon bei den Corona-bedingten Sonderschulden war davon die Rede, dass diese in den kommenden 30 Jahren dann schrittweise abgetragen würden. Bezogen auf die Sonderschulden für die Aufrüstung der Bundeswehr war wiederum von 30 Jahren die Rede. Solche Zeitplanungen und Ankündigungen sind angesichts des Krisenstrudels völlig absurd, denn es ist absehbar, dass die nächste Großkrise nicht lange auf sich warten lassen wird. Und angesichts der geopolitischen Spannungen zwischen liberal-demokratischen und autokratisch-autoritären Systemen gilt dies umso mehr.

Für eine sozial-ökologische Transformation, die ein gutes Leben für alle in ökologischen Grenzen ermöglicht, wären mindestens drei Bedingungen unverzichtbar: das Aussetzen der Logik von Wachstum, Wettbewerb, Ausbeutung und Profit; eine absolute Begrenzung und Reduktion der Ansprüche, Erwartungen, Bedürfnisse; und eine entschiedene soziale Umverteilung zum Abbau der politisch verheerenden sozialen Ungleichheit. Für eine solche Agenda gibt es allerdings kaum demokratische Mehrheiten. Entsprechend ist eine solche Transformation aus strukturellen Gründen auch nicht zu erwarten, und spätmoderne Gesellschaften verlegen sich stattdessen auf Optimismus verbreitende Ersatzhandlungen. Warnungen, dass «unsere Welt noch nie so bedroht war wie heute» und wir «vor der größten Kaskade von Krisen stehen, die wir je erlebt haben», sind sicher berechtigt. Nie war das so deutlich, wie seit Russlands Überfall auf die Ukraine. Doch von der Dringlichkeit und Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation auf die Möglichkeit und Fähigkeit zu einer



solchen Transformation zu schließen, ist verfehlt. Moralische Appelle, dass *wir nun unbedingt gemeinsam sofort und entschieden handeln* müssen, dass es nun dringend Zeit ist, *endlich vom Reden zum Handeln zu kommen*, haben vor allem Bekenntnis- und Erlebnischarakter. Sie bedienen moralische und psychologische Bedürfnisse, beschwören aber eine gesellschaftliche Realität, die es nicht gibt. Das genau ist der Abgrund, von dem Guterres sprach.

Was folgt?

Wohin führen diese Überlegungen? Was liegt auf der anderen Seite des Abgrunds? Das Ende der Menschheit und die Unbewohnbarkeit des Planeten sind mögliche Szenarien, aber zumindest mittelfristig sind sie nicht wahrscheinlich. Umso dringender ist es, sich nicht mit leeren Handlungsappellen zu ermutigen, sondern sich den zentralen Fragen zu stellen, die sich am Abgrund nicht länger verdrängen lassen. Olaf Scholz hat nach dem russischen Angriff auf die Ukraine von einer *Zeitenwende* gesprochen. Er hat diesen Begriff sicher nicht so umfassend verstanden, aber spätmoderne Gesellschaften stehen wohl tatsächlich mitten in einer solchen *Zeitenwende*. Teil von ihr ist, dass der Handlungsoptimismus und viele öko-emanzipatorischen Gewissheiten und Glaubenssätze, die in diesen Gesellschaften bisher kultiviert wurden, gerade zur Illusion werden: Mehr Demokratie wagen bringt nicht ohne weiteres mehr Nachhaltigkeit. Mehr Information und Aufklärung bringen auch nicht mehr sozial-ökologische Verhaltensänderung. Auch der Glaube an die mündigen BürgerInnen zerfällt, denn die BürgerInnen wollen nicht mehr im hergebrachten Sinne mündig sein und sich *den Spaß am Leben nicht verderben* lassen. Ebenso zerfällt – nicht nur angesichts des Rechtspopulismus – der Glaube an die Zivilgesellschaft, von der wir hofften, dass sie es selbstverantwortlich und selbst-organisiert richten könne. Schließlich wird sogar der Glaube zweifelhaft, dass die öko-emanzipatorischen Bewegungen tatsächlich die Akteure der sozial-ökologischen Transformation seien. Immer deutlicher tritt hervor, dass gerade die wohlhabenden, gebildeten, urbanen und besonders umweltbewussten Mittelschichten vielmehr selbst auch mit Teil des Problems sind.

Immer deutlicher tritt hervor, dass gerade die wohlhabenden, gebildeten, urbanen und besonders umweltbewussten Mittelschichten vielmehr selbst auch mit Teil des Problems sind.

All das ist Teil des *Abgrundes*, von dem Guterres sprach, der *Zeitenwende*, von der Olaf Scholz spricht, und des *Traumata*, von dem ich oben gesprochen habe. All das wirft fundamentale Fragen auf, die sich nicht einfach mit Handlungsappellen verdrängen lassen,



sondern die ernsthaft – und schmerzhaft – thematisiert und politisiert werden müssen. In den 1980er Jahren hatte Ulrich Beck seine Diagnose der Risikogesellschaft unmittelbar verbunden mit einer neuen *Erfindung des Politischen* und einer *zweiten Moderne* (Beck 1986; 1993). Er war bei aller Skepsis noch optimistisch, dass die Risikogesellschaft sich selbst retten könnte. Demokratisierung, Emanzipation und Ermächtigung der Zivilgesellschaft sollten die Versprechen der *ersten Moderne* einlösen. Doch dieses Projekt hat sich heute erschöpft, bzw. droht es, sich in sein eigenes Gegenteil zu verkehren (Blühdorn 2020b; 2022b): Eine autokratisch-autoritäre Wende vollzieht sich vor unseren Augen; spätmoderne Gesellschaften driften klar erkennbar in Richtung einer autokratisch-autoritären Ordnung. Und dabei geht es nicht um das, was Querdenker und Verschwörungstheoretiker als *Corona-Diktatur* oder dergleichen bezeichnen. Der immer wieder artikulierte Glaube oder die Hoffnung, so eine autokratisch-autoritäre Wende könne vielleicht einer sozial-ökologischen Transformation sogar zuträglich sein, geht in die Irre. Vielmehr stehen mit der Nachhaltigkeitskrise der Liberalismus, die Demokratie und die offene Gesellschaft auf dem Spiel. Ein gesellschaftliches Verständnis dieser traumatischen *Unhaltbarkeit* ist einstweilen aber kaum andeutungsweise vorhanden. Ob es sich schaffen und diese Zeitenwende sich noch aufhalten lässt, ist keineswegs gewiss. Kompensatorische Handlungsappelle und therapeutische Beruhigungsnarrative wirken aber sicher in die falsche Richtung.

Literatur

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt (Suhrkamp).

Beck, Ulrich (1988): *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*, Frankfurt (Suhrkamp).

Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft*, Berlin (Suhrkamp).

Blühdorn, Ingolfur (2020a): «Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit. Skizze einer umweltsoziologischen Gegenwartsdiagnose», in: Ders. *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*, Bielefeld (Transcript), S. 83-160.

Blühdorn, Ingolfur (2020b): «The Dialectic of Democracy. Modernization, Emancipation and the *Great Regression*», in: *Democratization* 27/3, S. 389-407.

Blühdorn, Ingolfur (2022a): «Sustainability: Buying time for consumer capitalism and European Modernity», in: Pellizzoni, Luigi, Leonardi, Emanuele, Asara, Viviana (Hg.), *Handbook of Critical Environmental Politics*, Cheltenham (Edward Elgar), S. 141-155.

Blühdorn, Ingolfur (2022b): »Liberation and Limitation: The emancipatory project



- and the grammar of the autocratic-authoritarian turn», in: *European Journal of Social Theory*, Jg. 25, Nr. 1, S. 26–52.
- Blühdorn, Ingolfur, Deflorian, Michael (2019): «The collaborative management of sustained unsustainability: On the performance of participatory forms of environmental governance», in: *Sustainability*, Jg. 11, S. 1189.
- Brand, Ulrich, Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München (oekom Verlag).
- Caron, Rachel (1962): *Silent Spring*. London (Penguin).
- Eppler, Erhard (1975): *Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen*, München (dtv).
- Goldsmith, Edward (1972): «A blueprint for survival», in: *The Ecologist* Jg. 2, S. 1–22.
- Guterres, António (2021): Rede auf der UNO-Vollversammlung in New York im September 2021.
- Hausknost, Daniel (2020): «Die gläserne Decke der Transformation. Strukturelle Blockaden im demokratischen Staat», in: Blühdorn, Ingolfur, *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*, Bielefeld (Transcript), S. 161-189.
- Klein, Naomi (2015): *This changes everything: Capitalism vs. the Climate*, London (Penguin).
- Lepenies, Philipp (2022): *Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens*, Berlin (Suhrkamp).
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, Berlin (Hanser).
- Meadows, Dennis (1973): *Die Grenzen des Wachstums*, Reinbek bei Hamburg (Rowohlt).
- Rockström, Johan, et al. (2009): «Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity», in: *Ecology and Society*, Jg. 14, Nr. 2, art. 32.
- Vereinte Nationen (UN) (2015): *Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*. Beschluss der Generalversammlung, 18. September 2015. Vereinte Nationen: New York.
- Volkmer, Michael, Werner, Karin (Hg.) (2020): *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Bielefeld (Transcript)

Ingolfur Blühdorn ist Professor für Soziale Nachhaltigkeit und Leiter des Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Soziologie, der umweltpolitischen Theorie, der Theorie moderner Gesellschaften und der Demokratietheorie. Sein neues Buch erscheint 2023 bei Suhrkamp.

Copyright © 2023 by

Prof. Dr. Ingolfur Blühdorn, Wirtschaftsuniversität Wien

Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit; E-Mail: ingolfur.bluehdorn@wu.ac.at



Publication of **fromm-online.org**. For personal use only. Any kind of re-publication and commercial use requires written permission from the copyright holders.

Veröffentlicht auf **fromm-online.org**. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Jede Wiederveröffentlichung und kommerzielle Nutzung bedarf der schriftlichen Erlaubnis der Rechteinhaber.